

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dienstagschrift: Tageblatt Riesa.  
Nummer Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsbaudienststelle beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Poststempelkonto: Dresden 1599  
Girofasse Riesa Nr. 52

Nr. 155.

Freitag, 6. Juli 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauflösung, für Juli 1923 — Mark einschl. Beingerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsversteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gemühr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochentagen wird nicht übernommen. Preis für die 29 min. Zeit, 8 min. hohe Grundschiff-Zeile (8 Silben) 1000 — Mark. Beste Zeile. Gewilligter Rabatt erhält, wenn der Betrag versetzt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtlängige Unterhaltungsbeläge, Gähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Verleger oder der Vertriebs- und Erfüllungsbehörden — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notizdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Zahlung der Sozialrentenunterstützung erfolgt am Montag, den 9. Juli 1923, vorw. 7—10 Uhr in der Stadtkafe. Versicherungsbamt Riesa, 6. Juli 1923.

## Vertliches und Sachsisches.

Riesa, den 6. Juli 1923.

\* 60jähriges Bestehen des Allgemeinen Turnvereins Riesa. Auf den morgen abend im Hotel Stern aus Anlass des 60. Jahrestags des Allgemeinen Turnvereins Riesa stattfindenden Belebungssabend sei nochmals hingewiesen und die Veranstaltung, die aus turnerischen, gesanglichen und musikalischen Darbietungen besteht, allen Freunden der Turnkunst zur Beachtung empfohlen. Es werden u. a. auch die alten Freilübungen vom Münchener Turnfest nach der eigens dazu komponierten Musik getragen und dürfen den Besuchern einige genussreiche und unterhaltsame Stunden bewerkstelligen.

\* Theateraufführung. Auf vielseitigen Wunsch über die Jungdeutsch-Christliche Pfadfindervereinigung des Evangelischen Jungmännervereins Riesa am Mittwoch, den 11. Juli 1923, abends 8 Uhr im Saale des Jugendhauses, Hobe Straße 9, Hinterhaus, nochmals das Theaterstück „Der Feind der Freiheit“ auf. Federmann ist herzlich willkommen. (Siehe auch Anzeige in heutiger Nummer.)

Mit den Aufbauarbeiten zur Frühjahrstausstellung in Großenhain ist gestern begonnen worden und da schönes Wetter eingetroffen ist, geht die Reise der Frühlingsfahrt von statthaft. Im Saale des „Sachsenhofes“ stehen drei lange Tische für das Obstauslagen zur Verfügung, während die beiden Seitenhallen zum Ausstellen von Fruchtkonferenzen und anderen Ausstellungssälen bestimmt sind. Auch das Saaled Zimmer, das Blüttzimmer, sowie die beiden Zimmer neben der Bühne werden Ausstellungsgemäße in sich bergen, sodass den Ausstellungsbuchern eine reiche Show in Aussicht steht. Zur Weinprobe ist nun wieder das am früheren Aufgang liegende ehemalige Garderobenzimmer behaglich eingerichtet. Um der am Sonnabend mittag 1/2 Uhr nach der Eröffnung der Ausstellung stattfindenden Auto- und Fahrt durch das Kirchenanbaugebiet des Bezirkes ist jedermann, soweit Platz zur Verfügung steht, die Teilnahme gestattet. Besondere Beachtung verdienen die stattfindenden belebenden Vorträge am Sonnabend und Sonntag. Am 7. Juli werden Herr Gartenbaudienst über „Gesammelte Erfahrungen an Kirschsorten“ und Herr Obstbaulehrer Glansdorff-Großenhain über „Beerenweinbereitung“ sprechen. Am Sonntag von 6 Uhr ab werden Herr Baumwollbeschleißer Rothenbach-Rotha über „Beerenobst“, Herr Vandorff-Hart Schomerus-Dresden über „Der Strichanbau an Straßen und auf Fluren“ und Herr Gartenbaudienst Geringswalde-Großenhain über „Schädlinge und Krankheiten im Obst- und Gartenbau“ sprechen. Die Vorträge finden zum Teil mit Lichtbildern statt. In der am Sonntag nachmittag auberaumten Landesversammlung der jüdischen Kleingärtner wird Herr Reichsstatthalter Schilling einen Vortrag über „Brauchtum unter Volk Kleingartenbau“ halten. Die Obstverlosung wird ihrem Zweck: „Das Glück zu verhüten“ dienen, oder auch für die Leute, die keine Glückshand besitzen, wird der Obstverkauf Gelegenheit bieten, den Obsttausch zu stillen.

\* Die Ortsgruppe Riesa des Reichsbundes des Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen lädt in vorl. Nr. (2. Abgeordneten) zu einer Außerordentlichen Mitgliederversammlung ein. Die Runde zum Reichsversorgungsausschuss ist verabschiedet und in Wirklichkeit getreten. Der Reichsbund wird in dieser Versammlung das Gesetz ausführlich behandeln, die Vorteile und Nachteile darlegen. Jedem Kriegsveteran kann nur empfohlen werden, diese wichtige Versammlung zu besuchen. Der Bundesvorstande kam. Marode, Berlin, der allen Verhandlungen mit der Reichsregierung und dem Reichstag beigejewohnt hat, ist als Referent gewonnen. Auch nichtorganisierten Kriegsveteranen kann angeraten werden, diese Versammlung zu besuchen. Die Ortsgruppen des Reichsbundes im Großenhainer Bezirk, die Wert darauf legen, das Gesetz vom Bundesvorstand behandelt zu hören, sind ebenfalls eingeladen.

\* Der Millionenmarksschein. Die Reichsbank hat jetzt, wie gemeldet wird, einen Schein im Nominalwert von einer Million Mark in Auftrag gegeben. Der Ausgabezeit ist noch ungewiss.

\* Zum Schulgriff der katholischen Eltern in der Oberlausitz erlässt der Landesverband der katholischen Elternvereine Sachsen folgende Kundgebung: „Die evangelische Elternschaft verfolgt das Klingen der katholischen Glaubensgenossen gegen die katholischen Verbündungen, durch welche unsere Söhnen entchristlicht werden, mit gewonnener Ausmerksamkeit und Anteilnahme. Auch die evangelische Elternschaft leidet unter diesen Verbündungen, wie unter den heutigen Schulverhältnissen überhaupt unmöglich. Vermehrt wird die Erziehung, die ich ihrer bemächtigt habe, durch die Besetzung auch der fürstlich freigewordenen Bezirkschulstellen in Dresden, Löbau und Glauchau durch ausgesprochene Anhänger der weltlichen und Pessimist der christlichen Schule (Areal, Bleibweg, Hertel). Das Unbewusste des christlichen Religionsunterrichtes durch einen Dissidenten, die Ausdehnung des Gesamtunterrichtes auf weitere Jahrgänge und die beabsichtigte Einrichtung von sogenannten „Berufsklassen“ ohne Gebot der Eltern, die Benutzung der Kinder und Lehrer zum Werken für die weltliche Schule, das Ausbleiben des Reichsschulgesetzes und verschiedene in letzter Zeit bekannt gewordene Einzelfälle habe beunruhigend gewirkt und bilden den Gegenstand ernstester Sorge der evangelischen Elternschaft. Bei dieser Sachlage ist es verständlich, wenn sich im evangelischen Lager die Stimmen von Tag zu Tag mehren, welche zur Selbsthilfe aufrufen. Der Landesverband glaubt dem gegenüber, auch jetzt noch kaum seine Rute erneuern zu müssen. Hierzu obne-

sehen, dafür aber alle Beschwerden und Anstände jeglicher Art dem Landesverband mitzuteilen, damit dieser bei den zuständigen Stellen im Reich und Staat die gegebenen Rechtsbehelfe ergriffen und die Rechte der evangelischen Eltern wahren kann.“

\* Wie das Brot verteilt wird. Eine Getreidefirma macht dem Kreisblatt „Gaubau“ folgende Mitteilung: „In der Haushalte sind wir für die Reichsgetreideanstalt tätig. Im März d. Js. wurden uns von der Reichsgetreideanstalt 3000 Rentner aus dem Großenhainer Bezirk zugewiesen. Im Mai erhielten wir die Auforderung, 3000 Rentner an den Großenhainer Bezirk abzugeben. Ganz darauf wurden uns wieder aus dem Großenhainer Bezirk 3000 Rentner überlandt, und nun sollen wieder 3000 Rentner an Großenhain liefern. Abgesehen davon, dass wir, nachdem wir von dem uns zugewiesenen Getreide an die Verbraucher abgegeben haben, die angeforderte Menge gar nicht abgeben können, verteuert ein herzartiges Geschäft gebahnen der Reichsgetreideanstalt nicht nur das Brot erheblich, — die Frachten für das Hin- und Hertragen der Sendungen aus und nach demselben Bezirk kosten allein rund 7 Millionen Mark — sondern es erregt auch böses Blut in der Bevölkerung, welche in Unkenntnis der Zusammenhänge meint, das Getreide soll verschoben werden.“ Es wäre recht angebracht, wenn die maßgebende Stelle sich über die etwas eigenartig anmutende Praxis, wie sie ein rechnender Kaufmann nicht betreiben würde, äußern wollte. Ganz ähnliche Speziesfürsorge vor Getreide ist auch in der letzten Sitzung des Ernährungsausschusses der Amtshauptmannschaft Meißen geschildert worden.

\* Krankenfürsorge für Kleinrentner. Der Sozialpolitische Reichstagsausschuss feste die Bedeutung über die Änderungen der Reichsversicherungsordnung fort. Im Verlauf der Beratung kam zur Sprache, dass eine Versicherung einzelner der Krankenfürsorge besonders bedürftiger Bevölkerungsgruppen mit Rücksicht auf ihre geringe Leistungsfähigkeit und das schlechte Wagnis, welches sie den Krankenanstalten bieten, zurzeit nicht durchführbar sei. Jedoch bestanden keine Bedenken dagegen, dass die Kassen die Fürsorge tatsächlich übernehmen dürfen, wenn ihnen Erlass ihrer Aufwendungen durch die Fürsorgebehörden ausgewichen sei. In diesem Sinne fügte der Ausschuss einen Paragraphen in die Reichsversicherungsordnung ein, wonach die Zahlung der Krankenkasse den Vorwand erüttigen kann, für Sozialrentner, sowie für Erwerbstlose, die nicht der Erwerbslosenfürsorge unterstehen oder aus der Erwerbslosenfürsorge ausgeschlossen sind, und für andere Fürsorgeempfänger die Krankenfürsorge zu übernehmen. Bedingung ist aber, dass der soße Erlass der vollen Aufwendungen für den Einzelfall sowie eines angemessenen Teiles ihrer Verwaltungskosten gewährleistet wird.

\* Annahme des Anteilsteges in Sachsen. Der Reichsausschuss des Landtages nahm den Regierungsentwurf über eine Amnestie für Not- und Abstreitungsdelikte ohne weisentliche Abänderung gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien an.

\* Grenze der Lohn- und Gehaltsförderung. Der Reichsausschuss des Reichstags genehmigte eine Verordnung, welche die Einkommensgrenze für die Lohn- und Gehaltsförderung auf 6 Mill. Mark festsetzt, unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrags, die Grenze auf 12 Mill. Mark zu erhöhen.

\* Fischergabteilung des Landeskulturrates. Der Abteilung „Tierzucht“ des Landeskulturrates Sachsen ist eine Fischereitableitung angegliedert worden. Mit der Leitung dieser Abteilung wurde Landesfischereidirektor Dr. Wohlgenut, der bisherige Leiter des Bayerischen Reichswirtschaftlichen Versuchsanstalt „Hofer-Institut“ der Universität München beauftragt.

\* Landesausschuss für hygienisch-ökologische Volksbelehrung. Der sächsische Landesausschuss für hygienische Volksbelehrung hat ihn gemeinsam mit dem Reichsausschuss für hygienische Volksbelehrung berließene Geschäftsstelle mit dem 1. Mai in das Deutsche Hygiene-Museum Dresden-N., Großenhainer Straße 9 (Fernpostnr. 2520) verlegt. Das Amt eines Generaldirektors für beide Auslässe, das bisher Herr Dr. Neuhäuser inne hatte, wird in Zukunft von Dr. M. Vogel, Kustos am Deutschen Hygiene-Museum, mit versehen.

\* Arbeitmarktbericht vom 24.—30. Juni. Während im Bezirk Dresden die Arbeitsmarktlage in dieser Berichtswoche etwas schwante, war in den übrigen Teilen Sachsen infolge des Aufstieges, den die meisten Industrien nach dem neuerlichen Sturz der Mark erfahren haben, eine anhaltende Entlastung des Arbeitsmarktes zu verzeichnen. Aber nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft ist weiterhin erhöhter Bedarf an Leuten gemeldet, und im Baugewerbe hat die anhaltend rege Tätigkeit teilweise bereits zu einem Mangel an Maurern geführt. In den kaufmännischen Berufen beschleunigt sich die Vermittlungstätigkeit hauptsächlich auf Urlaubsvorstellungen.

\* Der Landesverbandsitag der Sachsischen Muttervereine findet am Sonnabend und Sonntag, den 7. und 8. Juli in Bautzen statt. Hierzu wird eine größere Anzahl Delegierte aus allen Teilen Sachsen eintreffen.

\* 8. Heimatschutz-Gelddotterie. Bei der jetzt stattgehabten Siebung erhielten folgende Nummern die Hauptgewinne: Nr. 128244 Brämie von 250000 M. und 1 Gewinn von 2500 M. Nr. 5112 2500000 M. Nr. 158003 2000000 M. Nr. 126387 1500000 M. Nr. 55285 1000000 M. Nr. 124325 1000000 M. Nr. 170185 1000000 M. ohne Gewährleistung.

\* Meißen. Am Mittwoch vormittag sollte hier ein Transport Rußkinder eintreffen, die in der Umgebung untergebracht werden sollten. Erst Mittwoch morgen war jedoch ein Telegramm eingegangen, dass die Transporte einstweilen unterbleiben. Ein Grund für die Unterbindung war nicht ersichtlich. Das Ausbleiben der Rußkinder findet heute seine Erklärung in folgender Meldung aus Bodum vom 4. Juli: „Die für gestern vorgebrachten Truppzüge von Rußkindern ins unbefestigte Gebiet und ins Ausland wurden an den Grenzstationen von den Franzosen zurückgewiesen. Die Befreiung der Strecke Frankfurt—Darmstadt hat es unmöglich gemacht, dass die beabsichtigten Kinderzüge in der vorgesehenen Weise fahren können. Die Folgen der Befreiung der Strecke Frankfurt—Darmstadt sind für die Zentralstelle der Schweizer Fürsorge geradezu katastrophal. Es hat die ganze Limitierung Millionen Unfeten verursacht. Alle Kinder im betroffenen Gebiet sind an der Ausreise verhindert.“

\* Meißen. Mittwoch mittag 12 Uhr ist das linke, von Coswig nach Meißen führende Hauptgleis der Linie Borsdorf-Coswig vor der Ausfahrtskurve zum neuen Vertriebshafen an das entsprechende Hauptgleis der neuen Bahnhofsanlagen angeschlossen und damit der gesamte Zugverkehr aus der Richtung von Dresden über den fertigen neuen Bahnhofsteil des Bahnhofsumbaus geleitet worden. Unter Massenanfang von Arbeitskräften waren in den letzten Tagen die notwendigen Arbeiten bewältigt worden. Vormittags 9 Uhr fuhr der lezte Zug auf dem alten Gleis hinaus. Nach dem Passieren wurde sofort die Anschlussarbeiten begonnen und durchgeführt, sodass um 12 Uhr mittags der erste Zug über die Gleise des neuen Vertriebshafens in Meißen einfahren konnte.

\* Döbeln. Die bislang bestreite zur Heimat, welche sich seit 40 Jahren in dem Görlitzer Hause, Goethestraße 3 befindet und von einem gemeinnützigen Verein unter dem Voritz des Herrn Bürgermeisters Müller betrieben wird, wird am 16. Juli den Betrieb einzustellen. Tausenden von Handwerksbüchern und anderen „armen Steinden“ hat diese christliche Herberge Unterkunft und Bequemlichkeit gegen Entwidrigung geboten. Die Zeiten haben sich geändert, sogenannte „arme Steinden“ gibt es nur vereinzelt, und andererseits wird auch diese gemeinnützige gärtliche Stätte durch die Geldentwertung und Teuerung am Weiterbestehen gehindert.

\* Döbeln. Auf der bislang bestreite zur Heimat, welche sich seit 40 Jahren in dem Görlitzer Hause, Goethestraße 3 befindet und von einem gemeinnützigen Verein unter dem Voritz des Herrn Bürgermeisters Müller betrieben wird, wird am 16. Juli den Betrieb einzustellen. Tausenden von Handwerksbüchern und anderen „armen Steinden“ hat diese christliche Herberge Unterkunft und Bequemlichkeit gegen Entwidrigung geboten. Die Zeiten haben sich geändert, sogenannte „arme Steinden“ gibt es nur vereinzelt, und andererseits wird auch diese gemeinnützige gärtliche Stätte durch die Geldentwertung und Teuerung am Weiterbestehen gehindert.

\* Dresden. Auf der bislang bestreite zur Heimat, welche sich seit 40 Jahren in dem Görlitzer Hause, Goethestraße 3 befindet und von einem gemeinnützigen Verein unter dem Voritz des Herrn Bürgermeisters Müller betrieben wird, wird am 16. Juli den Betrieb einzustellen. Tausenden von Handwerksbüchern und anderen „armen Steinden“ hat diese christliche Herberge Unterkunft und Bequemlichkeit gegen Entwidrigung geboten. Die Zeiten haben sich geändert, sogenannte „arme Steinden“ gibt es nur vereinzelt, und andererseits wird auch diese gemeinnützige gärtliche Stätte durch die Geldentwertung und Teuerung am Weiterbestehen gehindert.

\* Dresden. Am Schlusse der letzten Gesamtversammlung verabschiedete sich der Rat von dem am 30. Juni aus dem Amt geschiedenen Bürgermeister Dr. Krebsmar.

Oberbürgermeister Blüher würdigte die mehr als 33jährige erfolgreiche Tätigkeit des Schiedsmitglieds im Dienste der Stadt und seine besonderen Verdienste um die Stadtverwaltung. Im Namen des Stadtverordnetenkollegiums sprach Stadtverordnetenvorsteher Wirth den Schiedsmitglied dankte allen für ihre freudige, bereitwillige Mitarbeit, durch die der Bau überwunden ist möglich ist, und forderte auf, der guten Sache weiter Herz und Hand zu leisten, um das Begonnene würdig zu vollenden. Er gedachte der Rotmäden, die ihr Leben dem Bairetland opfereten und zu deren ehrendem Gedächtnis es errichtet wird und wünschte, dass der Bau wohlfahrt und somit wie der Himmel seinem Ende zugeführt werden möge. Rotege 1000 Arbeitsstunden waren bisher nötig und viele, viele werden noch geleistet werden müssen.

\* Dresden. Am Schlusse der letzten Gesamtversammlung verabschiedete sich der Rat von dem am 30. Juni aus dem Amt geschiedenen Bürgermeister Dr. Krebsmar. Oberbürgermeister Blüher würdigte die mehr als 33jährige erfolgreiche Tätigkeit des Schiedsmitglieds im Dienste der Stadt und seine besonderen Verdienste um die Stadtverwaltung. Im Namen des Stadtverordnetenkollegiums sprach Stadtverordnetenvorsteher Wirth den Schiedsmitglied dankte allen für ihre freudige, bereitwillige Mitarbeit, durch die der Bau überwunden ist möglich ist, und forderte auf, der guten Sache weiter Herz und Hand zu leisten, um das Begonnene würdig zu vollenden. Er gedachte der Rotmäden, die ihr Leben dem Bairetland opfereten und zu deren ehrendem Gedächtnis es errichtet wird und wünschte, dass der Bau wohlfahrt und somit wie der Himmel seinem Ende zugeführt werden möge. Rotege 1000 Arbeitsstunden waren bisher nötig und viele, viele werden noch geleistet werden müssen.

\* Dresden. Am Schlusse der letzten Gesamtversammlung verabschiedete sich der Rat von dem am 30. Juni aus dem Amt geschiedenen Bürgermeister Dr. Krebsmar. Oberbürgermeister Blüher würdigte die mehr als 33jährige erfolgreiche Tätigkeit des Schiedsmitglieds im Dienste der Stadt und seine besonderen Verdienste um die Stadtverwaltung. Im Namen des Stadtverordnetenkollegiums sprach Stadtverordnetenvorsteher Wirth den Schiedsmitglied dankte allen für ihre freudige, bereitwillige Mitarbeit, durch die der Bau überwunden ist möglich ist, und forderte auf, der guten Sache weiter Herz und Hand zu leisten, um das Begonnene würdig zu vollenden. Er gedachte der Rotmäden, die ihr Leben dem Bairetland opfereten und zu deren ehrendem Gedächtnis es errichtet wird und wünschte, dass der Bau wohlfahrt und somit wie der Himmel seinem Ende zugeführt werden möge. Rotege 1000 Arbeitsstunden waren bisher nötig und viele, viele werden noch geleistet werden müssen. Der Schiedsmitglied war nicht geladen. Vor drei Jahren war bereits einmal ein ähnlicher schwerer Rückschlag im vorgenannten Geschäft verübt worden. Damals erschien ein unbekannter Mann, der sofort Schüsse abgab, dann aber durch die Hintertür entkommen ist. Er konnte bis heutigen Tages nicht ermittelt werden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich unter den vier jetzigen Genossen der frühere Räuber befinden hat.

\* Neugersdorf. Der gesamte Fürstlich von Liechtensteinische Neugersdorfer Grundbesitz, einschließlich der Försterei mit Nebengebäuden, ist von der diesigen Gemeinde zum Preise von 220 Millionen Mark häufig erworben worden.



die Erfolge beim Rennen sehr wiesen und. Das Urteil des Richters bleibt aber seit dem Urteil überlassen. Der Richter mit Sicherheit versprechen, dass er keine Anklagen mit Sicherheit verhindern kann. Ebenso wenig wie ein Spieler gewinnt es ein Wettsystem. Von allen Wettsystemen, die ich geprüft habe, ist das Röhrische das unbestimmtste und fällt einer ernstlichen Prüfung nicht stand. Nachdem sich Köhn noch einmal in längeren sehr umfangreichen Ausführungen über sein System geäußert hatte, wurde die Beweisaufnahme beendet. — Nach einer Pause erhielt dann Staatsanwaltsherr Dr. Horn das Wort zur Schulfrage. Am Schlusse seiner eingehenden Ausführungen beantragte er, wie bereits gemeldet, wegen Betruges drei Jahre Gefängnis, wegen Glücksspiels drei Monate Gefängnis und 200 000 Mark Geldstrafe, wegen Konkursvergebens neun Monate Gefängnis. Diese Strafen sind zusammenzulegen in eine Gefängnisstrafe von drei Jahren sechs Monaten Gefängnis und 200 000 Mark Geldstrafe. Auf die Untersuchungshaft beantragte er ein Jahr zehn Monate angerechnen. An den Strafaten Köhns hat eine ganze Anzahl Personen mitgewirkt. Strafbaren ist aber nur diejenigen gemacht, denen man nachweisen kann, dass sie von den Handlungen Köhns Kenntnis hatten. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagten keinen und hundert sechs Monate Gefängnis und 200 000 Mark Geldstrafe, will ihnen aber gegen einen vom Gericht noch festzustellende Buße für die Gefängnisstrafe Bewährungsstrafe zulassen. Gegen Friedrich Bielke beantragte er wegen Betrug und zum gewerbsmöglichen Glücksspiel ein Jahr sechs Monate Gefängnis und 200 000 Mark Geldstrafe.

Bugs zu ammen kloß. Bei Großvordein stieg kurz vor der Ausfahrt des Busses gegen einen mit Holz beladenen Güterzug gegen denselben. Mehrere Waggons des Güterzuges wurden gegen den Personenzug geschoben. Ein Mann und fünf Frauen wurden getötet und bis zur Unkenntlichkeit zerstört. Mehr als 20 Personen erlitten mehr oder weniger schwere Verlebungen. Ein Passagier ist wie durch ein Wunder dem Tode entronnen und wurde vollkommen unverletzt unter den Trümmern hervorgezogen.

**Das Touristenunglück auf der Zugspitze.** Zu dem bereits kurz gemeldeten großen Touristenunglück auf der Zugspitze ist noch zu melden, dass die vier verunglückten Touristen in das österreichische Schneefeld der Zugspitze obwurzten. Drei waren sofort tot, einer verstarb nach dem Transport ins Tal. Insgesamt waren nach einer weiteren Meldung neun Personen an der Partie beteiligt; sie befanden sich auf dem Abstieg von der Zugspitze. Während sich fünf Personen noch halten konnten und gerettet wurden, wurden die übrigen über die Alpen geschoben. Sofort tot waren die Touristen Peter Tremmel-München, Hermann Schulte-Berlin, Andrew Sved. Der Handlungsbefehl der Kirche-Karlsruhe stand auf dem Transport.

Silberlässe im Blumentopf. Eine peinliche Entdeckung machte der Generalratsherr des Deutschen Opernhauses v. Holzhoff in seiner in der Berliner Straße zu Charlottenburg gelegenen Wohnung. Ein Dieb hatte ihm Silberlässe im Wert von vielen Millionen entwendet. Es handelt sich in der Hauptstadt um Gelbenke, die der Intendant vom Hofe in Coburg erhalten hatte. Der Kriminalpolizei gelang es nun, den Dieb zu ermitteln und den größten Teil der gestohlenen Sachen wieder herzugeben. Wie die Beamten feststellten, hatte die Aufwarterin des Intendanten, als sie ihre Stellung kürzlich verließ, ihren Neffen, den 21-jährigen Bäder Ernst Kästner, ihre Sachen fortgeschafft lassen. Dieser Kästner hatte sich Wohnunglos in Berlin umhergetrieben und war von hier aus nach Neu-Zittau gefahren. Da er der Tat stark verdächtig schien, wurde er dort festgenommen. Er wurde nach Berlin gebracht, wo er zunächst barsch leugnete, von den Diebstählen etwas zu wissen. Es gelang aber, ihn so in die Enge zu treiben, dass er schließlich ein Geständnis ablegte. Kästner hatte seine Tante häufig besucht und dabei die Wertstücken gesehen. Als er nun den Tante im Dorfeschen ihrer Sachen bedurfte, ohne dass die Tante es merkte, an sich zu nehmen. Als Verlust wählte er einen Blumentopf und eine Modepuppe in der elterlichen Wohnung. Dort wurde der größte Teil der Beute noch aufgefunden.

## Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 6. Juli 1923.

**Bur Frage des Wirtschaftsverkehrs mit Frankreich und Belgien.**

**■ Berlin.** Der auswärtige Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich gestern mit der Frage des Wirtschaftsverkehrs mit Frankreich und Belgien. Der Reichskanzler und

## Heutiger Dollarkurs (amtlich): 175 560 Mk.

der Minister des Auswärtigen konnten an der Sitzung wegen der gleichzeitigen stattfindenden Sitzungen des Reichs- und des preußischen Kabinets nicht teilnehmen. Dagegen war der Reichswirtschaftsminister Dr. Becker anwesend. Der Regierungsvorsteher nahm die Ausführungen der Vertreter der verschiedenen Parteien zur Kenntnis und gab erneut die von der Regierung aufgestellten Mindesteinschätzungen über die wirtschaftlichen Fragen bekannt. Eine besondere Entscheidung wurde vom Ausschuss nicht getroffen. Darauf folgte die Beurteilung des deutsch-französischen Handelsabkommen, die jedoch nicht zu Ende geführt, sondern auf Sonnabend vertagt wurde.

Muntius Vacelli nach München abgereist.

**\* Berlin.** Am Montag soll der Auswärtige Ausschuss des Reichstages erneut zusammenkommen, um sich mit der außenpolitischen Lage zu beschäftigen und um insbesondere zu der durch die Aussprache des Reichskanzlers Dr. Cuno mit dem päpstlichen Nuntius Vacelli geschaffenen Lagestellung zu nehmen. Es verlautet, dass die Vereinbarungen mit dem Nuntius im Augenblick noch kein endgültiges Ergebnis verheißt haben, sodass zur Zeit noch nicht mit einer Regierungserklärung zu der Angelegenheit zu rechnen ist. Muntius Vacelli ist gestern nach München zurückgekehrt. Nach der Berliner Wörterzeitung sind die Verhandlungen des Reichskanzlers mit dem Nuntius gestern doch noch zum Abschluss gekommen.

Anträge der Kommunisten und Sozialdemokraten.

**\* Berlin.** Die kommunistische Reichstagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur Erfahrung der Schwäche eingereicht. — Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion brachte im Reichstage einen Gesetzentwurf zum Schutz der Währung ein. Es sind darin Strafen bis zu fünf Jahren Fehdehaft enthalten, wodurch geschützt wird, die die deutsche Währung schädigen.

### Schlageterfeier in Wien.

**\* Wien.** In der Wiener Universität hat gestern eine Trauerfeier der Hochschule Wiens für Schlageter stattgefunden.

### Bussentgleitung in Dänemark.

**■ Kopenhagen.** Gestern abend entgleiste in der Nähe von Drammen ein von Eltern kommender Eisenbahnauto. Eine Frau wurde getötet. Dreizehn oder vierzehn Personen sind verletzt.

### Meuternde französische Soldaten.

**\* Lünen.** In Lünen meuterten erneut französische Soldaten. 25 von ihnen, die verbastet worden waren, brachen aus dem Gefängnis aus und entkamen in unbekannter Richtung. In Westholzen befinden sich 190 Männer, darunter viele mit schwarzen Armbinden. Es soll sich um Soldaten handeln, die wegen Meuterei in andere Regimenter strafversetzt worden sind.

### Das Große Kreuz für Degoutte.

**\* Paris.** Am gestrigen Mittwochtag wurde beschlossen, dem General Degoutte das Große Kreuz der Ehrenlegion zu verleihen. Der erste sichtbare Erfolg der Abwehrkampf ist zu dieser Meuterei ein oppositioneller Abgeordneter.

**Belgien.** Über die französisch-englische Annäherung.

**■ Paris.** Wie der "Petit Journal" mitteilt, hat sich keine neue Tatsache im Meinungsduell zwischen London und Paris ergeben, jedoch sagt das Blatt, dass nun mehr die belgische Regierung, nachdem die innere Krisis bestellt ist, sich in aktiver Weise mit den äußeren Problemen beschäftigt wird mit dem Wunsche, baldigst eine Annäherung zwischen Frankreich und England herbeizuführen. Schön im Januar habe Theophile Poincaré darauf erinnert, dass Belgien wohl entschlossen sei, den Kampf an der Seite Frankreichs zum Ende durchzuführen, er habe aber zu gleicher Zeit darauf hingewiesen, dass die wirtschaftliche Lage Belgiens nicht so beständig sei wie die Frankreichs und dass es infolgedessen im Interesse Belgiens liege, die Auktion so sehr wie möglich auszufüren. Die Lage Belgiens habe sich inzwischen nicht geändert, das beweise das Eintreten des belgischen Fronten nicht nur in Bezug auf das Pfund, sondern auch in Bezug auf den französischen Franken. Unter diesen Umständen sei es nicht zweifelhaft, dass die erste Anstrengung des belgischen Kabinetts, nachdem man sich über die wirtschaftlichen Absichten Deutschlands durch die jüngst aus Berlin erhaltenen Nachrichten unterrichtet habe, sein werde, die Aktion zu beschleunigen, sei es, um den deutschen Widerstand zu brechen, oder um das unerlässliche Einverständnis zwischen den Alliierten vorzubereiten. Obwohl es unrichtig sei, man in Brüssel daran gedacht habe, eine Konferenz aller Al-

liierten zu veranlassen, würde es nun überraschen, wenn Dennis sich bemühte, aufs neue eine Vereinbarung herzustellen, um die Zusammenarbeit dieser beiden Länder in die heilige Stunde zu vertiefen.

## Ausst und Wissenschaft.

**Wochenplan der Sächsischen Staatsoper.** Opern für Verein Dresdner Volksbühne "Mutter Lampe", kein öffentlicher Kartenaufbau; 18. "Weseller und Höndler".

4. Vorstellung im Sonderabonnement "Weseler und Höndler", 18.-10. 11. 5. Vorstellung im Sonderabonnement "Mina von Barnheim", 7.-10. 12. zum 1. Male "Das Frauenopfer", 18. 13. 6. Vorstellung im Sonderabonnement "Torquato Tasso", 7.-10. 14. "Weseler und Höndler", 18.-10.

15. "Das Frauenopfer", 18. 16. "Das Frauenopfer", 18. Fortgang des Kammersängers Dr. Staegemann, Kammersänger Dr. Staegemann, Regisseur der Dresdner Staatsoper, wurde vom Magistrat der Stadt Niem zum Intendanten des Stadttheaters gewählt. Er tritt sein Amt mit Beginn der neuen Spielzeit, Anfang September, an.

## Börsenwirtschaftliches.

**Erhöhung der Rohstoffpreise.** Die Rohstoffpreise sind für Lieferungen ab 1. Juli wie folgt erhöht worden: Rohöl, welches aus indischen Brennstoffen erholt wird, Hämattit, eu-amerikanische Stahlseile, Temperrohreisen von 3228 000 Mark auf 3429 000 Mark, Eisenerzländer Stahlseile von 2832 000 Mark auf 4068 000 Mark, Spiegelseile 8-10 v.G. von 3240 000 Mark auf 4470 000 Mark. Der Durchschnittspreis für das mit deutschen und englischen Brennstoffen erholte Hämattit wird auf 8964 000 Mark festgesetzt. Die Preisspanne zwischen Hämattit, Eisenrohreisen I und III und Eisenrohreisen Luxemburger Qualität bleibt in bisherigen Ausmaßen bestehen.

**Starke Überzeichnung der Roggenrentenbriefe.** Anfolge der außergewöhnlich starken Überzeichnung der Progenientenbriefe der Roggenrentenbank P.G. in Berlin, Seite IV, können den Rechnern nur erheblich ermäßigte Beträge zugestellt werden. Ein großer Teil der Rechner wird leider infolge des frühen Schlusses der Rechnung unverhüllt bleiben müssen.

**Das Goldzollaufgeld.** Für die Zeit vom 11. Juli bis einschl. 17. Juli beträgt das Goldzollaufgeld 3181900 v. O.

\* \* \*

**Marktberichte.**

1. Minder: 8 Kalben und Kühe; 2. 106 Rinder; 3. 6 Schafe; 4. 109 Schweine. Preise in Mark für Lebend- und (im Durchschnitt) für Schlachtgewicht. Minder: Montagspreise. 1. Rindfleisch: 1. 2. halte Markt- und Saugfälber 116000 bis 1200000 (1903200), 3. mittlere Markt- und gute Saugfälber 108000 bis 1100000 (1800000). Schafe: Montagspreise. Schweine: 1. vollfleidige der feineren Rassen und deren Abzüge im Alter bis 1½ Jahr 1860000 bis 1900000 (2410300), 2. mittlere Schweine 1960000 bis 2000000 (2475000), 3. Fleischige 1780000 bis 1800000 (2373300), Ausnahmepreise über Notis. Die Preise sind Marktpreise für nächstes Gewicht der Tiere und solchen sämtliche Speisen des Handels ab Stall, Brachien, Markt- und Verkaufsstätten, Umlaufsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallspreise. Tendenzen des Marktes: Rinder und Schweine gut. Außerdem zur sofortigen Schlachtung, also nicht auf dem Markt gehalten: 1. Ochse, 5. Bullen, 12 Kühe, 57 Rinder, 53 Schweine.

**Die amlich notierten Preise waren an der Berliner Produktenbörse pro 50 kg ab Station: Weizen, märkischer 420000-425000, Behauptet. Roggen, märkischer und pommerischer 295000-305000, westpreußischer 295000 bis 300000, Behauptet. Sommergerste, märkischer 320000 bis 340000, Behauptet. Hafer, märkischer 310000-320000, Behauptet. Mais loh Berlin 315000-320000, waggoniert Hamburg 310000. Behauptet. Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin 125000-135000, seit. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin 905000-1050000, seit. Weizenkleie 190000 bis 195000, Roggenkleie 200000. Behauptet. Erdbeeren, Vitoria 550000-600000, kleine Speiserüben 450000 bis 475000, Welutischen 275000-300000, Uderbohnen 200000 bis 250000, Widen 350000-380000, Lupinen, grüne 350000-380000, Kapstücken 260000-265000, Krodenknödel 135000-145000, Blumertige Süßerdöpfel 180000 bis 200000, Tortenflocke 30/70 185000-140000, Kartoffelflocken 295000-305000.**

**Bage, jederzeit einzutreten, wenn sich wirklich eine kritische Situation ergibt sollte. Nach Herias glückliche Verheiratung können wir ja dann weitersehen und unter Heiratsvermittlungsgesellschaft auch auf die Baronin und Herrn von Allesleben ausdehnen!"**

Dr. Reinwaldt zog die Ihr.

**"Es ist schon längst zwölf vorbei! Der Herr Amtmann muss jeden Augenblick vom Felde kommen!"**

Trude erhob sich.

**"Ich habe noch den Tisch zu decken. Es wird hohe Zeit! Grüßen Sie bitte Herta von mir. Wenn ich mich irgendwie freimachen kann, sehe ich gegen Abend noch nach ihr. Hat sich übrigens Graf Eichstädt schon wieder einmal im Schloss blicken lassen?"**

**"Es steht noch nicht! Aber er schaut tatsächlich ganze Blumenblüten. Ich glaube, er schämt sich doch ein bisschen!"**

**"Schämen? Ein Mann und sich schämen? Da sind Sie aber sehr auf dem Holzweg. Ein schlechtes Gewissen hat er, das ist alles!"**

**Echzehntes Kapitel.**

Hella hatte gleich nach Tisch ihre Hängematte und ein Buch genommen und war damit in den Park hinuntergegangen.

**Das Mittagessen, an dem außer ihr nur Dr. Reinwaldt und die Baronin teilgenommen hatten, war heute in einer seltsam gereizten, unbehaglichen Stimmung verlaufen.**

**Dr. Reinwaldt, der noch immer sehr stark unter dem Einbruch seiner nächtlichen Entblößung stand, hatte sich nur mit Mühe zu äußerlicher Unbeschangenheit und Höflichkeit zu wenden vermocht und auch die Baronin war ganz im Gegensatz zu ihrer sonst so gewinnens-überbordenden Art merkwürdig einstellig und in sich gekehrt gewesen.**

**Hertha war überhaupt nicht erschienen und hatte ihr Fernbleiben mit einem neuen Anfall ihres Unwohlseins entschuldigt, der jetzt doch endlich die Besorgnis der Schwester erzeugt und sie veranlaßt hatte, den Wartenberger Kreisarzt zu einem möglichst baldigen Besuch nach Bahlowitz herauszubitten.**

**So hatte Hella für das rationärste gehalten, sich der gewitternden Spannung im Schloss für die nächsten Stunden ganz zu entziehen, und sich zum Nachmittagskaffee bei Pastor Hagedorn einzuladen, denen sie noch vom letzten Pastorkontakt her einen Besuch schuldig zu sein glaubte.**

**Hella ging die Buchenallee entlang und wandte sich dann dem Rosengarten zu, der sich mit seinen hohen, steilen Heckenwinden wie ein verwunschener Rosengarten in die ganze Wildnis des Parkes hieb.**

**Geschiebung folgt.**

## Flammen.

Roman von Hans Schulze.

31. Fortsetzung.

**Ich glaube, Sie haben heute nicht ausgeschlagen!** sagte sie. Darum sind Sie so krähbürtig. Ihnen bekommen die nächsten Parkspaziergänge nicht!

**Mit verdüstertem Gesicht sah Dr. Reinwaldt vor sich hin.**

**„Sie verstehen mich halt nicht, Fräulein Trude! Das war ja schon immer mein Nummer. Aber nun Scherz bestellt! Wir müssten doch den Fall Hansen erst einmal zu Ende beraten!“**

**„Bitte sehr, ich bin ganz Ohr!“**

**Dr. Reinwaldt tat einen langen Zug aus seiner Zigarre und stäubte sorgfältig ein paar Aschezettelchen von seinem Blasförmel.**

**„Wissen Sie, sagte er, wen ich vor allem nicht begreife, das ist die Baronin. Sie möchte doch ebenso gut wie wir anderen leben, dass Herrschaftsgräfin nichts weiter ist als die Reaktion auf Graf Eichstädt Benehmen. Aber davon geht die sonst so lebenskluge Frau wie mit verbuntenen Augen vorbei. Ueberhaupt erscheint sie mir in letzter Zeit, zweitens ganz merkwürdig verändert. Sie hört oft kaum, was man zu ihr sagt, unternimmt einfach Spaziergänge und macht manchmal geradezu den Eindruck einer Traumondlerin.“**

**„Trude lächelte verschmitzt.**

**„Wie nennt man denn einen Menschen, der plötzlich mit seinen Gedanken in ganz anderen Regionen schwimmt und für die Wirklichkeit jeden Sinn verloren hat?“**

**Verliebt ist die Baronin, ganz einfach verliebt. Das ist doch sonnenklar!“**

**„Verliebt?“ fragte der Doctor erstaunt. „Find denn das die Symptome des Verliebtheit?“**

**„Wenigstens einige besonders auffällige!“ war die beobachtende Antwort. „Es gibt natürlich auch noch andere. Ihnen fehlen aber wirklich die einfachsten Begriffe, Herr Doctor! Waren Sie denn noch nie verliebt?“**

**„Ich -- oh doch -- ja -- das heißt -- bisweilen.“**

**„Na, dann kam es Ihnen eigentlich doch kaum entgangen sein, dass sich die Baronin seit einiger Zeit sehr ernsthaft für Herrn von Allesleben interessiert?“**

**„Für Herrn von Allesleben?“**

**Die Zigarre**

## Hauptversammlung des Dresdner Hauptvereins der Evangel. Gustav-Adolf-Stiftung in Großenhain.

Der Dresdner Hauptverein hatte dieses Jahr seine Hauptversammlung nach Großenhain einberufen. Sie begann am 1. Juli — Sonntag — nachmittags mit einem Gottesdienst in der Marienkirche gehalten von Pfarrer Heinrich aus Pörsdorf, früher in Steiermark, über das Gedächtnis: Ich bin gekommen, ein Feuer anzuzünden. Was wollte ich lieber, denn es brennte schon? Zug des Regens kam ein Feuer aus zu stande mit Kindern, Jahren, Vereinen, der Heiligkeit und zahlreichen Ehrentagungen. Oberkirchenrat Superintendent August Chemnitz erinnerte eingangs seiner gedankenreichen und formvollendetem Predigt ebenfalls an jenes Feuer von Brüssel, das heute genau vor 400 Jahren die beiden ersten evangelischen Märtyrer verheizt hatte, und sprach dann auf Grund von 1. Joh. 3, 18, 14 von dem Feuer der Welt, seinem Grunde und seiner Überwindung. Oberkonfessorialrat Dinter übertrugte in längerer Ausführung die Größe des Landeskonsistoriums, Pfarrer Arnold begann und schloß die impulsive Reiter mit einer sehr bewegten und schön dargebotenen Liturgie. Nach dem Prediger gehörte das Hauptverdienst am Abend dieses prächtigen Gottesdienstes dem Altenheiminspektor Gläser, der mit seinem Chor erstaunliche Leistungen bot: Komm heiliger Geist — Psalm 46 — und im Wechsel mit den Strophen des Luthersliedes das Lied von Ingolstadt in der Vertonung von Max Bruch: Frisch auf in Gottes Namen, du werde

deutsche Nation. Dazu die treffliche Orgel und von der oberen Empore herab der Bläserchor der Polauisten von Riesa und Gröba — so hatten sich alle Künste vereinigt, um eine starke, tiefschlagende Wirkung zu erzielen und von neuem zu zeigen, wie schön evangelische Gottesdienste sein können.

Die Abendversammlung im Saale des Gesellschaftshauses brachte zunächst die üblichen Begrüßungen, darunter von Bürgermeister Hoyer, Superintendent Scherfig und nochmal Oberkonfessorialrat Dinter. Den Jahresbericht erstattete wie immer Dr. Blandineker-Dresden. Allgemeine Elegie, Chorlieder, Declamationen folgten sich in reichhaltigem Wechsel. Der Höhepunkt bildete die Übergabe der Ehrenabzeichen. Einschließlich 600 Talerdenkronen gleich 25 Millionen Mark, wurden gegen 15 Millionen gespendet, darunter auch eine Gabe des Frauenvereins Rethen und 10 Silbermark vom Meissener Zweigverein seine Silbermark heute gleich 11.000 Mark. Konsekrator Siegenveck aus Saaz schilderte die bedrängte Lage der evangelischen Deutschen in Böhmen. Am Schlusshandklang dankte der Vorsitzende Oberkonfessorialrat D. Königlich in bewegten Worten.

Der Vormittag des 2. Juli führte hinein in die eigentliche Vereinsarbeit. Der verdiente Schriftführer des Centralvorstandes Dr. Meissner zeichnete in großen Zügen die große Umstellung in der Tätigkeit des Gustav-Adolf-Vereins und seines Centralvorstandes seit den letzten Jahren; in die Einzelarbeit des Dresdner Hauptvereins führte Pfarrer Heinrichs Referat hinein. Auf der Dreierliste für die große Liebesgabe standen diesmal drei Schulanstalten des Orients: Sampohi in dem uns gelassenen Stück Westpreußen, Langenostingen in Posen und Anhalt in Ober-

schlesien, beide jetzt polnisch und um ihre Errichtung ringend. Die große Gabe von 1 Million fiel dem Martinshaus in Anholt zu, die beiden andern bekamen je 500.000 Mark, doch wurden daraus alsbald fast 700.000 Mark. Der Nachmittag vereinigte die Freunde dann noch zu einer Wandertagung in Großenhains Umgebung.

## Turnen, Sport und Spiel.

Deutsche Siege in Göteborg. Bei den Stationenkämpfen in Göteborg belegten in der Entscheidung im 110-m-Hürdenlauf die Deutschen Karsten und Trobbach die ersten Plätze. Karsten gewinnt durch seinen Sieg in 15,5 Sek. über Trobbach mit 15,8 Sek., dass sein Erfolg bei den Ausbildungskämpfen in Hannover kein Zufall war. Dritter wurde Petersson (Schweden), drei Meter zurück. Das 200-m-Laufrennen klang in einem starken Kampf zwischen dem Australier Carr und dem deutschen Meister Houben aus, den Carr in 21,9 Sek. mit 2,1 Meter Vorsprung zu seinem Gegenkämpfer entschied. Dreifach (Finnland), der in den Vorläufen die schnellste Zeit erzielt hatte, wurde um Brustkreis auch Dritter. Friedrich (Deutschland) war zum Zwischenlauf nicht angetreten; Edler (Deutschland) belegte den fünften Platz. Der Finne Hardt startete im Endlauf nicht. Die 4x400-Meter-Staffel endete mit dem Sieg von Finnland in 8 Minuten 19,3 Sek. mit fünf Meter Vorsprung gegen Deutschland in 8 Minuten 20,5 Sek. und Schweden.

## Ausschneiden!

### Allgemeine Ortsfrankensasse Riesa.

Durch Reichsgesetz vom 22. Juni 1923 (RGBl. I S. 421) wird der Grundlohn von 24.000 M. auf 53.800 M. erhöht und Verförderungspflicht der Angestellten usw. auf 21.000.000.— M. festgesetzt. Die Stufe 20 der bisherigen Beitrags- und Unterstützungsabelle wird deshalb getrichen und nachstehende Ergänzungstabelle durch Beschluss des Kassenvorstandes ab 9. Juli 1923 in Kraft gelegt.

Rang Nr. Reihen folge	Tägl. Nebels- verdienst Bedenkt durch 7 Tage	Wochen- verdienst	Grund- lohn	Wochen- beitrag	Anteil des Nebels- verdienstes gebots		Tägl. Kraut- fengeld 60 %	Stern- geld 20 fach
					%	%,		
20	über 22.800—25.000	bis 18.000	24.000	15.200	5103	14.550	48.600	
21	22.800—29.000	" 20.000	27.400	17.262	5754	16.440	54.800	
22	29.000—32.400	" 22.600	30.700	19.241	12.894	16.447	61.400	
23	" 32.400—36.000	" 25.200	34.200	21.540	14.841	17.82	65.600	
24	" 36.000—39.600	" 27.800	37.900	23.877	15.018	17.050	75.800	
25	" 39.600—43.000	" 30.600	41.800	26.334	17.556	17.778	83.000	
26	" 43.000—48.000	" 33.600	45.900	28.017	19.278	25.080	91.200	
27	" 48.000—52.400	" 36.600	50.200	21.084	10.42	30.120	100.400	
28	" 52.400	" 39.600	53.300	33.579	22.896	11.139	31.080	106.000

Die Änderungen des Grundlohnes wirken auf die Verdienstleistungen vom gleichen Tage ab. Dies gilt auch für Verförderungspflicht, die bereits eingetreten sind. Die Arbeitgeber werden erlöst, falls noch nicht geschehen, für sämtliche Beschäftigte, deren Wochenlohn 180.600 M. übersteigt, bis mit 14. Juli 1923 die Wohnangestellten (Wochenlohn) an Kostenstellen eingerückt, andernfalls erfolgt Eingruppierung durch die Kasse ohne Anspruch auf Rückzahlung.

Riesa, den 5. Juli 1923.

Der Kassenvorstand.

B. Friedler, Vorsitzender

Junger Mann sucht Schlaftelle

Angbote unter U 453 an das Tageblatt Riesa.

Ing. sucht möbl. Zimmer zu mieten. Öfferten unter U 452 an Tageblatt Riesa.

Dringend!

Suche für sofort möbl. Zimmer.

Wäsche vorhanden. Gef. Angebote erbeten an U. Dittrich,

Bahnhofstr. 3a, 2.

Mädchen

sucht Stellung als Wirtschafts- oder Hausmädchen auf Ent. Werte öff. unt. U 455 an Tageblatt Riesa.

Junger ord. Mädchen sucht hier zum 15. Juli Stellung. Öfferten unter U 451 an Tageblatt Riesa.

Junger Mann v. Dorf als

Hausbursche

in Privathaushalt als Haushaltsgestalter zum 15. Juli gesucht. Meldg. mit Bezugnahmen bei C. F. Förster,

Dampföfenwerk Riesa.

Jagdhund

in Stammbaum und gute Ablösung. 1/4 Jahr, verkaufen.

V. Richter, Gröba.

Telefon 44.

Einige guterhaltene Gehrockanzüge

haben zu verkaufen.

Karl Hofmann, Gröba,

Dammweg 4. Tel. 670.

Kleiderschrank

Glasschrank

Waschtisch

Gefüllstellen (mit und ohne Platze) einige Tische,

3 lange Tafeln, mehrere Regulatoren, komplette Heizzeuge zu verkaufen.

Karl Hofmann, Gröba

Dammweg 4. Tel. 670.

Einige Rentner Vor-

mühle verkaufst. d. o.

Tennisschläger

soll neu. Größe 18 1/2, zu verkaufen. Reinhardt

### Kirchennachrichten.

6. Trin.-Sonntag 1923.

Riesa. 8.15.8. 8 Uhr Pr. (V.). Trin.-8. 9 Uhr Pr. ab. Ap. G. 6. 1—7 u. 9. (V.). 2 Uhr Jugendg. i. Pfarr. (V.). 2.11. Kinder- und Woch. (V.). 2.11. Gottesdienst. Unterredung II. Gröba. 9 Uhr Pr. (Tenete). 2.11. 8 Uhr Pr. in der Marktkirche. Röderau. 9 Predigt. 2—5 Großmutterverein. Jetzdahn. Vorm. 9 Predigtgottesd. 1/11. Rübenrothe.

Kath. St. Barbara-Kapelle, Leipzigerstr. 9. Sonnabends von 5 Uhr an Beicht bei freiem Herzen. Sonntag um 1/2 Uhr Frühmesse mit Ansprache. 9 Uhr Hochamt mit Segen. Werktag hl. Messe um 1/2 Uhr.

Erl. St. Barbara-Kapelle, Leipzigerstr. 9. Sonnabends von 5 Uhr an Beicht bei freiem Herzen. Sonntag um 1/2 Uhr Frühmesse mit Ansprache. 9 Uhr Hochamt mit Segen. Werktag hl. Messe um 1/2 Uhr.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer u. Hinterbliebenen, Ortsgruppe Riesa.

Sonnabend, 7. Juli, abends 8 Uhr im Hotel Kronprinz außerord. Mitgliederversammlung.

Thema: Das neue Reichsversorgungsgesetz.

Referent: Bundesvorz. Nam. Marcke, Berlin. Zahlreichen Besuch erwartet. J. A. Kubert.

## Vereinsnachrichten

Turnverein Riesa. Alle Münchentreffen heute abend zur Übungsstunde.

Um zehn. Beteiligung an den Veranstaltungen des Allg. Turnvereins

morgen Sonnabend und Sonntag wird gebeten.

Geschützverein Riesa und Umg. Morgen

Sonnabend, den 7. abends 8 Uhr an-

derord. Hauptversammlung im Stern.

Verein Ahne-, Weißfäl. Landsleute, Riesa (Orts-

gruppe des Bundes Saar-Verein). Sonntag,

8.7. Familienausflug nach Gotteshof Seerhausen.

Abmarsch 1/2 Uhr Trinitatiskirche. Gäste können

eingeführt werden, vor allem fernstehende Lands-

leute. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Vereinigung Christl. Eltern. Montag 8 Uhr Ver-

anstaltung im Jugendheim. Um 11 Uhr Christl. Eltern.

Abd. Verb. Abend Sonnab. 7. 7. Eltern.

8 Uhr. San.-Rat Dr. Kreischmar-Dresden. Ein-

heitsfront der Deutschen".

Altes Allg. Turnv. Riesa. 60-Jahrfeier.

Sonnabend 8 Uhr Begrüßungssabend i. Stern.

Sonntag 1/2 Uhr Schauturnen. Stellen 1 Uhr

i. Stern. Kinder 1 Uhr Turnhalle. Alle unsere

Männer u. Freunde herzl. willkommen. 7 Uhr Eltern i. Stern.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer u. Hinterbliebenen, Ortsgruppe Riesa.

Sonnabend, 7. Juli, abends 8 Uhr im Hotel Kronprinz außerord. Mitgliederversammlung.

Thema: Das neue Reichsversorgungsgesetz.

Referent: Bundesvorz. Nam. Marcke, Berlin. Zahlreichen Besuch erwartet. J. A. Kubert.

Die Wiederauflösung

Gesangverein "Froh Lied" Poppitz.

Unser diesjähriges

Sommer- und Kinderfest

findet Sonntag, 8. Juli, statt. Mittags 1/2 Uhr

Festzug. Auf dem Festplatz verschied. Belustigungen

und Neigen. Ab 4 Uhr nachmittags

## Der unentwirrbare Knoten.

Durch die Verknüpfung wirtschaftlicher und politischer Fäden ist das Kontributionsproblem zu einem wüsten Knäuel geworden, an welchem die verschiedensten Politiker mit nervösen Fingern herumzittern, ohne auch nur eine Verknüpfung lockern zu können. Bei einigermaßen klaren Machtsverhältnissen würde sicherlich schon ein Alexander kommen sein, der den erlösenden Sieg mit dem Schwerte verjücht hätte. Aber nirgendwo ist ein Alexander, und das Schwert ist vom Schickal in die Hand des Landes gelegt worden, das gerade an der Lösung des Knotens nicht das geringste Interesse hat. So ist eine Seiltansche dumfeschlechenden Elendes über uns gesunken, die sich für unser Volk, wenigstens nur dadurch von einem Kriege alten Stiles unterscheidet, dass wir mehrlos jedes Kriegsende bilden müssen. Blutvergleichen, Blünderung, Wirtschaftsverwüstung größten Umfangs und eine fast ins Unerträgliche täglich wachsende Last von Kriegsskotten. Es ist unter diesen Umständen nicht weiter verwunderlich, wenn die Verwüstung in allen Schichten händig macht und eine Stimmung entsteht, die sich in aus Strenge zu verurteilenden Gewalttätigkeiten des Parteikampfes, sowie in gewaltfamem Verlust machen lässt, die verbahrten Franzosen an der Fruchtbarmachung ihres Schandwertes zu hindern.

Von den verschiedenen Seiten verjücht man nun sich wenigstens irgendwie aktiv mit den Ereignissen in Beziehung zu halten. Der diplomatische Schritt Englands hat zu keinem Erfolg geführt. Was die Presse über ihn zu berichten wußte, war die Tatsache des weiteren, die Dinge verschiedensten Ausweichens. Die Mitteilungen über den englischen Kabinettstrat offenbaren ebenfalls nur, dass die Lage "schwierig und verwirkt" ist. Auch die Gefundenen die Mussolini England erweist, sind praktisch noch ohne Folgen. Eine besondere Bedeutung kommt der Aktion des Vatikans zu, weil sie im Nachtrag zu dem Appell an Frankreich gewisse Forderungen an die Reichsregierung stellt, über die man in Deutschland selbst sehr geteilter Ansicht ist. Unmittelbar nach dem Erlass der päpstlichen Botschaft ist der französische Gesandte beim Vatikan, dem man in der Pariser öffentlichen Meinung schwer Unterlaßungs-fürde gezeigt hatte, mit der Forderung hervorgetreten, daß der Papst einen zweiten gegen Deutschland gerichteten Schritt in Sachen des passiven Widerstandes unternehmen sollte. Dieser Schritt ist nun unter unmittelbarer Bezugnahme auf das nach dem Besuch des vatikanischen Botschafters Frankreichs zur Vollendung gelangte Brüderlichkeit vor sich gegangen. Auch von Seiten verschiedener parlamentarischer Parteien ist der Wunsch des Papstes, die Regierung möge sich gegen die aktive Betätigung der Ruhrbevölkerung wenden, unterstützt worden. Es ist möglich und sogar wahrscheinlich, daß die Regierung, aus außenpolitischen Gründen, diesem Eruchen stattgibt. Zu bedenken ist aber dabei, daß die Vorbereitung und Verbinderung solcher, rechtiger Empörung entsprunger Verhinderungsversuche der französischen Kohlentransporte nicht im Machtbereich der Regierung liegt. Notwendig ist es bei einer solchen Warnung, daß die deutsche Reichsregierung ihre Verwarnung mit einem energischen Hinweis auf die französischen Verbrecherstaten einleitet, deren Folge die aktive deutsche Gegenwehr ist.

## Brutales Vorgehen im Absperrungsgebiet.

Mit welcher Brutalität von den Franzosen die Absperrung des besetzten und unbefestigten Gebietes ohne Rücksicht auf die hervorgerufene Lebensmittelkatastrophe gehandhabt wird, zeigt die Tatsache, daß Milchtransporte in das besetzte Gebiet nicht hereingeslassen werden. Ferner wird die Ein- und Ausreise von Geistlichen, die Sterbenden die leichte Delung bringen wollen, verhindert. Ebenso sind Krankentransporte zwischen dem besetzten und unbefestigten Gebiet verboten worden, was besonders die ländliche Bevölkerung bei dem Leben austretender ärztlicher Fürsorge sehr hart trifft.

Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, zeitigt die im Einbruchsgebiet in Kraft getretene Beschränkung des Straßenbahnbetriebs und seine Durchführung auf den Stand vom vorigen Jahr bereits schlimme Folgen. Auf vielen Straßenbahnstrecken im Industriegebiet muss die Zugfolge bedeutend verringert werden. An den Abfahrtstationen sind die Wagen im Handumdrehen voll besetzt und fahren bis zur nächsten Stadt fast ohne anzuhalten durch, und alle Anwohner der dazwischen liegenden Straßen müssen ihren Weg zu Fuß zurücklegen. Da auf diesen zwischenliegenden Straßen auch keine Haltestellen der militärisierten Eisenbahn sind, reicht der Zweck der Verordnung somit wiederum nicht er-

Der Personenzugverkehr mit dem besetzten und Einbruchsgebiet ist vollständig unterbrochen. Die Züge in Richtung Köln laufen bis Köln durch, verkehren aber zwischen Eversfeld und Böhlwinkel leer. Die französische Kontrolle in Hagen-Hengstey verzögert allen im besetzten und Einbruchsgebiet wohnenden Reisenden die Weiterfahrt, lädt dagegen die zur Zeit im unbefestigten Gebiet wohnenden Reisenden, die noch weitestgehend ihrer Fahrkarten nach Stationen der unbefestigten Gebiete reisen, noch durch.

Der Güterverkehr im besetzten Bahnhof ist infolge der unfachlichen Behandlung der technischen Einrichtungen fast vollständig gestoppt.

Gehrohene Gewalt.

Die Franzosen hatten mit der Absicht, die deutsche Bevölkerung zu zwingen, mit der militärisierten Bahn zu fahren, auch den Bahnhof Gelsenkirchen-Bismarck stillgelegt und die Schienen aufgerissen. Dieses hatte zur Folge, daß die Lieferung der Betragstafel für die Niederlande ausfielen. Eine Anzahl ausländischer Wirtschaftskorporationen hat nun einen gemeinsamen Schrift unternommen. Daraufhin hat die Besatzung die Strecken wieder instandsetzen müssen.

70 Millionen Mark Erwerbslosengelder geradelt.

Nach Blättermeldungen wurden gestern von der Beauftragtenbehörde in Aachen in der Hauptstelle und in den Nebenstellen der Erwerbslosenfürsorge alle vorhandenen Gelder — nach Angabe eines Blattes 70 Millionen — beschlagnahmt und die weitere Auszahlung von Erwerbslosenunterstützungen verboten.

Die Reichsbank in Essen wurde abermals von den Franzosen befreit. Die Großbauten haben geschlossen. Die Aktion soll wegen Nichtbefolgung der Verordnung Degouttes zur Devisenverordnung der Reichsregierung erfolgt sein.

40 Waggonzettel beschlagnahmt.

Die Zuckerraffinerie in Aachen wurde gestern von einem belgischen Kommando besetzt. Die vorhandene Zuckermenge, etwa 40 Waggonzettel, wurde beschlagnahmt.

Im Stadtteil Mülheim in Duisburg sprang eine 20jährige Frau nach einem Wortwechsel mit ihrem Mann von der Oberbürgermeister-Brücke in die Ruhr. Als der Mann sich anschickte, seine Frau zu retten, wurde er von dem dort liegenden belgischen Posten beschossen und mußte deshalb von seinem Vorhaben Abstand nehmen. Die Frau ist ertrunken. Der Gemeindeweihe meldete den Vorfall auf der Polizeiwache. Ein Polizeibeamter begab sich darauf sofort zu dem wachhabenden Offizier der belgischen Wache und erläuterte um Erlaubnis, die Ruhr an der betreffenden Stelle absuchen zu dürfen. Die Erlaubnis wurde ihm jedoch verweigert.

## Deutscher Protest gegen die Bandräuber. Die Spannung zwischen London und Paris nicht behoben.

Die deutsche Botschaft in Paris ist bestraft worden, der französische Regierung folgende Note zu überreden:

"Durch aktuelle Einnahme waren der Reichsbank bereits Mitte Mai von französischen Beamten und Militärs Personen im alten und Einbruchsgebiet über 30 Millionen fortgenommen worden."

Unter Nichtachtung der von deutscher Seite dagegen erichteten Proteste ist das gewaltlose Vorhaben gegen den Reichsbankbetrieb momentan im Einbruchsgebiet auch seitdem fortgesetzt worden.

Am 26. Mai sind französische Militär- und Zivilpersonen in die Reichsbankhauptstelle Essen eingedrungen und haben die im Trebor befindlichen Verträge von 92 Milliarden Mark beschlagnahmt. Am 11. Juni hat sich der alte Vorfall in Dortmund wiederholt. Hier sind etwa 52 Milliarden fortgenommen worden. Dabei haben die an der Besetzung der Reichsbank beteiligten französischen Soldaten die in einem besonderen Druckraum bei der Feststellung von Banknoten tätigen Drucker erwungen, die vorbandenen Bogen auszubrechen und zu schneiden. Sie haben auf diese Weise Notenformulare in einem Betrag von 10 Millionen Mark herstellen lassen und alsdann fortgenommen.

Ferner wurden am 1. Juni von französischen Gendarmen in der Reichsbanknebenstelle in Mettmann unter dem Vorwand der Einsicht einer der Stadt Mettmann aufgelegten Geldstrafe 77,2 Millionen Mark aus dem Trebor, am 15. Juni in der Reichsbanknebenstelle Traben-Trarbach zwecks Beitrreibung einer Geldstrafe gegen die Stadt Koblenz 20 Millionen Mark gewaltsam entnommen.

In allen diesen Fällen wurden die Schlüsse zum Trebor den beteiligten Beamten mit Gewalt entrissen. Im Dortmunder Fall wurden zwei leitende Beamte der Reichsbankstelle tagelang der Freiheit beraubt.

Die deutsche Regierung stellt unter Hinweis auf ihre früheren Darlegungen die Rechtswidrigkeit des Vorgehens gegen die Reichsbank erneut fest. Selbst im Kriege würde der Angriff auf das Privatentgut der Reichsbank, deren Charakter als reines vom Reichsfinanzamt unabhängiges Privatinkubus im Jahre 1922 entsprechend den Forderungen der Reparationskommission noch verstärkt worden ist, widerrechtlich sein.

Gegen die dauernde Nichtachtung der klaren Rechtslagen durch die französischen Civil- und Militärstellen legt die deutsche Regierung schärfste Verwahrung ein. Die dauernden Eingriffe drohen die infolge der Besetzung ohnedies äußerst erschwerter Aufrechterhaltung erordneter Verbündete im Ruhrgebiet, namentlich hinsichtlich der Lebensmittelversorgung, nahezu unmöglich zu machen.

Die deutsche Regierung fordert die Rückgabe der fortgenommenen Verträge und behält sich selbst und der Reichsbank alle Erfahrvorüche vor."

## Die britisch-französischen Gegenseite.

In der Londoner Presse und in den der Regierung nahestehenden Kreisen macht sich ein starker Wissensmangel geltend. Es wird nicht verheimlicht, daß die Ansicht Englands und Frankreichs sich scharf gegenüberstehen. Dem Londoner Berichterstatter des "Petit Parisien" folge liegt der Gegensatz der beiden Aussätzungen vor allem in der Frage, welche Form die Nutzbelebung annehmen würde, wenn der passive Widerstand leidenschaftlich Deutschland auf Grund neuer Verhandlungen eingestellt würde. Auf englisches Seite scheint man zu erwarten, daß in diesem Falle wahrscheinlich die Truppen zurückzogen und nur die alliierten Ingenieure vorläufig auf ihrem Posten belassen werden würden. Auf französischer Seite macht man dagegen geltend, daß die Entscheidung darüber vom Verhalten der Bevölkerung abhängig gemacht würde. Wenn diese mit den Alliierten zusammenarbeiten, dann könne die ursprüngliche unsichtbare Besetzung wieder in Kraft treten, wenn dagegen Sabotageakte und Attentate anhalten, werde die militärische Besetzung mit aller Stärke bestehen bleiben. Hierzu führt Frankreich durch bestellte Attentate sehr leicht Gründe verschaffen (D. R.) Eine zweite Frage ist die der Gesamtplan der Besetzung. Frankreich und Belgien haben dazu erklärt, daß die Besetzung nur nach Wahrung der eingeschlossenen Zivilbevölkerung aufzugeben würden. England steht dagegen auf dem Standpunkt, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands durch die Besetzung so bedeutsam eingeschränkt sei, daß bei einem ungelehrten Verfahren auch nicht die geringste Aussicht auf eine Regelung der Reparationsfrage vorhanden wäre. Ueber diese Punkte sind Frankreich und Belgien, die sich durch ihre Brüderlichkeit Abmachungen für gebunden fühlen, angeblich für keine Zugeständnisse zu haben. In den Kreisen der englischen Regierung wurde gestern abend bekannt, daß eine neue Unterredung mit den Botschaftern nicht verhindert worden sei.

Der diplomatische Korrespondent des "Daily Telegraph" schreibt, daß nach der gestrigen Kabinettssitzung die Lage in politischen Kreisen als sehr ernst angesehen werde. Versprechungen mit Frankreich könnten nur auf ganz neuer Grundlage aufgenommen werden, d. h. wenn Frankreich zuvor eine klare und vollkommen Antwort auf die englischen Fragen über die Ruhrbesetzung und die endgültige Form des Belagerungsstatus überreicht haben wird. Man habe das Gefühl, daß die Zeit der politischen Sivilitätsfeigkeiten vorüber sei. Lord Curzon habe in seiner letzten Unterredung dem französischen Botschafter gesagt, die Geduld des britischen Parlaments und der englischen Nation sei beinahe erschöpft. Die englische Regierung würde, wenn auch mit Widerwillen eine unabdingbare Aktion eröffnen, wenn die Verbündeten ihren Standpunkt nicht ändern würden.

## französische Anerkennungen zum englisch-französischen Konflikt.

Dem "Newport Herald" wurde von eingeweihter französisch-englischer Seite folgende Erklärung zu dem neuesten französisch-englischen Konflikt gegeben: Anscheinlich sei England bereit gewesen, die Besetzung des Ruhrgebietes als eine vollendete Tatsache hinunzubauen und habe nicht sofort Rückzug des Ruhrgebietes oder Herabsetzung der Besatzungskräfte gefordert. Baldwin und einige andere Mitglieder des englischen Kabinetts seien vielmehr der Ansicht gewesen, daß die Besetzung nur bei längerer Dauer den Erfolg haben könne, Zahlungen zu erzwingen. Späterhin habe sich eine Meinungsverschiedenheit im englischen Kabinett herausgestellt, namentlich im Hinblick auf die Möglichkeit, von Deutschland in einem Sonderabkommen Zahlungen für England zu erhalten. Ferner habe England Frankreich im Unklaren darüber gelassen, was es sowohl von diesem wie von Deutschland in der Zukunft verlangen werde und damit eine Lösung der Gesamtfrage der Reparationen unmöglich gemacht.

Der Matin veröffentlicht über die nunmehr unverhohlenen von der Morgenpresse zugestandene Meinungsverschiedenheit, die sich bei der Unterredung Lord Curzons mit dem französischen Botschafter ergeben hat, in einem weniger freundlichen

Tone für England — man könnte beinahe sagen — Enttäuschungen. Er schreibt: Wenn sich die englischen, die Nachbarn haben wollen, im Vorarl Office einzustellen, verweigert man ihnen Rückendeckung, aber man gibt ihnen einen Befehl, nämlich folgendes: "Fahrt fort!" das heißt fahrt fort und verschütet, Frankreich durst einschlafen. Glücklicherweise ist der französische Ministerpräsident für die Einschätzungen der englischen Zeitungen und der englischen Zeitungen nur mittelmäßig empfänglich. Der

wunderbare Frieden, der in den Wandelungen der französischen Kammer herrscht, beweist, daß das Parlament volles Vertrauen zu Poincaré hat. — Es sei aber notwendig, daß die öffentliche Meinung klar sehe, worum es sich handele. Es sei nicht der passive Widerstand Deutschlands, der den Gegnerstand der Meinungsverschiedenheit bilde. Was wir unter Einschätzung des passiven Widerstandes verstehen, sagt das Blatt, ist klar begründet worden und wird noch klarer begründet werden, wenn es notwendig erscheint. Lord Curzon erhebt in dieser Beziehung keine Einwendungen. Das Hindernis liegt auch nicht in der Aufrichtung des Regimes, das von selbst im Ruhrgebiet eintreten wird, wenn der passive Widerstand ein Ende gefunden haben wird. Es ist klar, mehr als klar, daß wir das Ruhrgebiet nicht verlassen werden, ohne bezüglich zu sein, und daß wir andererseits, sobald Deutschland mit den Zahlungen begonnen hat, ihm auch wieder die Verwaltung seiner Einnahmen zuwenden, allerdings unter unserer Kontrolle zurückzugeben werden. Die Wahrheit ist ganz anders. England hat einen großen, augleich wirtschaftlichen und politischen Plan. Wirtschaftlich will es von Deutschland die gesamten Annuitäten verlangen, die es angeblich bezahlt, d. h. eine Summe, die um 3 Milliarden Goldmark höher ist als der englische Anteil an den Schatzbörsen der Serien A und B. Auch will England einen Teil seiner Forderungen an Frankreich nicht durch Erhöhung der deutschen Schuldpflicht erlangen, sondern indem es sich aus dem Minimum der 26 Milliarden Goldmark für Frankreich bezahlt macht, die für die verlustreichen französischen Gebiete unerlässlich sind. Der Matin fügt hinzu: Wir sind nicht einmal sicher, daß es außerdem noch einige Milliarden haben will für das, was es seine verwüsteten Gebiete nennt, nämlich seine Arbeitslosen. Ein Handelsabkommen für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland, das unter Leitung von Metzenna entworfen werden ist, verfolgt dieses wirtschaftliche Programm. In politischer Hinsicht will England Frankreich, dessen Einfluss auf dem Kontinent es fürchtet, verhindern. Deutschland allein zur Kapitulation zu bringen, das heißt einen Sieg davontragen, auf dem England nicht seinen Anteil fordern kann. Es ist nicht sehr leicht für Lord Curzon, diesen Plan aneinander zu sehen, der zu gleicher Zeit den Friedensvertrag von Versailles und den Londoner Zahlungsplan verträgt, und den seine französische Regierung distanziert wird, ohne sich an das Parlament zu wenden. Deshalb beschwerte sich Lord Curzon darüber, daß er nicht die französische Ansicht kenne, die doch in den in allen Mauern, in allen Gemeinden angebrachten Reden erhalten sei und erläuterte gleichzeitig, die Lage sei ernst, weil Frankreich ihm nicht gestatte, seine festländischen Pläne auszuführen, indem es vorschlage, sich keine Rechte selbst zu amputieren.

## Die Bedeutung der englisch-italienischen Vereinigung.

Der Befreiung des italienischen Botschafters in London mit Lord Curzon wird eine große Bedeutung beigemessen. Es wird betont, daß die Regierungen in Rom und London über die grundlegendsten Fragen der Reparationspolitik übereinstimmen.

## Italien gegen Frankreichs Ruhrpolitik.

Im Anschluß an die Ausführungen des Ministerpräsidenten Mussolini im Ministerrat nimmt die Presse von neuem zur Ruhrfrage Stellung. "Gloria di Roma beweist, solange Frankreich die Höhe der Reparationen nicht bestimmten will, könnten die Verbündeten auch nicht die Ausgabe des passiven Widerstandes verlangen, noch könnte Deutschland dies aufnehmen." — "Stampa bedauert in einem Leitartikel, daß die italienische Regierung unter dem Vorwand, selbständige Politik treiben zu wollen, das englische Vorgehen durchkreuzt und Frankreich unterstützen. — Auch "Eoeca" ist mit der Aufforderung Mussolinis, den passiven Widerstand aufzugeben, unzufrieden, weil Deutschland nicht seine einzige Waffe aus der Hand geben könne. — "Voce Repubblicana" richtet an die Regierung die Frage, ob es nicht höchste Zeit sei, Frankreich die bisherige technische und moralische Hilfe, deren sich Poincaré noch in seiner letzten Sitzung erhob, offen zu verweigern.

## Deutscher Reichstag.

v. Berlin, 5. Juli.

Vor Eintreten in die Tagesordnung begleift Udo Schmidt-Sachsen (Soz.) die Julialistigkeit der gestern abend vorgenommenen namentlichen Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag Dr. Kahl (DP). Auf Auslösung überweisung des sozialdemokratischen Befreiungsantrages Präsident Poehle schließt sich diesem Zweifel an. Auf seinen Vorschlag wird die Frage dem Altersrat und Geschäftsausschuss überwiesen.

Debattoles werden dann in allen drei Sitzungen angekündigt der Gesetzentwurf über Wiedereinführung und Änderung im besetzten Gebiet und eine gehörte Ergänzung des Verordnungsgesetzes.

Hierauf begründet Udo Schmidt-Sachsen (Soz.) den sozialdemokratischen Antrag auf

## Aushebung des bayerischen Ausnahmestandes.

Bayern sei für die inneren und äußeren Feinde des Reiches der Tummelplatz geworden. Der bayerische Ministerpräsident sollte außenpolitische Reden zu halten, lieber die durch die Rechtsbolcheviks erschütterte Ordnung in Bayern wieder herstellen. Dazu würde die Anwendung der Notverordnung des Reichspräsidenten und der republikanischen Schwergüte genügen. Die bayerische Notverordnung sei aber eine Provokation des Reiches. Die bayerische Verordnung wird nicht gegen die bewaffneten Rechtsbolcheviks sondern ganz einheitlich gegen links angewandt. Auch die Münchner Polizisten sind größtenteils Mitglieder der nationalsozialistischen Partei. Als die Arbeiterschaft in einer Versammlung in Freiburg bei Nürnberg gegen das Treiben der rechtsbolchevistischen Organisation "Reichslager" protestierte, wurden vierzig grüne Polizisten aus Nürnberg alarmiert, die blindlings in die Versammlung hineinwanden und einen Teilnehmer töten. Als andererseits bei einer Demonstration die Salatkreuzler einen bewaffneten Überfall auf Republikaner verübten, verweigerte die grüne Polizei den Schutz der Republikaner. Die Entblößung eines Wollmar-Denkmales wurde durch polizeiliche Schikanen verhindert. Daneben wird die bayerische Verordnung benutzt, um unter nichtigen Vor-

münden soll die ganze sozialdemokratische Presse in Bayern zu verbieten.

Abg. Klemm (Kom.) schließt sich dem sozialdemokratischen Antrag an. In Bayern besteht tatsächlich eine sozialistische Bevölkerung. Was in Bayern geschieht, ist schlimmer als die schwarze Schwad im Westen. (Sturmische Pläne rechts!) Die deutsche Reichsverfassung endet an der bayerischen Grenze. Die gesamte kommunistische Presse ist dort verboten.

Der Antrag des Abg. v. Schell (DVP) wird der Antrag dem Reichstagsausschuss überwiesen.

Um 1,5 Uhr vertagt sich das Haus auf morgen 2 Uhr (zweite Sitzung Verbrauchsteuern und kleinere Vorlagen).

Nach einer Entscheidung im Reichstagssaal.

Um 11 Uhr steht der Reichstag, der gestern nachmittag wiederum zusammengesetzt, um endgültig die Dispositionen für den Schuljahr dieser Tagungsperiode zu treffen, konnte eine Einigung darüber, ob noch eine große politische Aussprache stattfinden soll, nicht erzielt werden. Die Sozialdemokraten und Kommunisten verlangten eine solche Aussprache, die übrigen Parteien hielten aber den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet. Die Frage wird heute am Schlusse der Plenarsitzung durch Abstimmung im Plenum entschieden werden. Sollte das Haus sich für diese Aussprache entscheiden, so wird sie am Sonnabend stattfinden. An diesem Tage wird sich der Reichstag aber verhindert halten. Wie lange die Sitzung dauern wird, wird lediglich von der Gestaltung der außenpolitischen Lage abhängen. Nebenfalls wird dem Präsidenten die Zustimmung gegeben, den Reichstag einzuberufen, wenn er es für angezeigt hält.

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

Einigung im deutschen Baumarkt. Wie der Deutsche Bauarbeiterverein mitteilt, ist es gestern nach längeren Verhandlungen zwischen den am Reichstag beteiligten Organisationen des Baumarktes zu einer Vereinbarung gekommen, der wie folgendes entnehmen: Die fälligen Null-Gebühren werden in doppelter Höhe des Grundgebots ausgezahlt. Auch über die endgültige Regelung der Nullgebühr könnte eine Einigung erzielt werden. Die Bauarbeiter- und Kinderzulagen werden verdoppelt.

### Polen.

Steuerung im Juni. Blättermeldungen zufolge ist die Steuerung im Monat Juni um 50 Prozent gegenüber dem Vormonat gestiegen. Die Erzeugnisse des Tabakmonopols, die erst vor einigen Tagen um 50 Prozent erhöht wurden, wurden heute wiederum um 50 Prozent hinzugeteilt.

Die Arbeitergewerkschaften verabschieden Industrienabkommen neuerlich eine 100-prozentige Vernerhöhung gefordert. Mit Rücksicht auf die ablehnende Haltung der Industriellen sind in der nächsten Zeit ausgedehnte Streiks zu erwarten.

Die Streiklage in den Krakauer Eisenbahnerwerken hat sich noch mehr verschärft. Die Werkstättenarbeiter haben beschlossen, den Streik bis zur Annahme ihrer geforderten Lebensorderungen durchzuführen und die übrigen Arbeitern der Eisenbahnbetriebe zur Teilnahme am Streik aufzufordern.

Ein Duell zwischen Expräsident und Arztekammer. Gestern früh hat in Berlin ein unblutig verlaufenes Duell zwischen dem ehemaligen Amtsgerichtsgerichtspräsidenten Grafen Stompe und dem früheren Präsidenten Marshall Villius stattgefunden. Der Minister hatte sich durch einen äußerst scharfen Angriff Villius gegen den Kriegsminister beleidigt gefühlt und den Marshall zu einem Duell in Berlin aufgefordert.

### Österreich.

Buhaben von deutschen Reichsbürgern aus Sparanlagen, Rentenkonten usw. bei Geldinstanzen in der Tschechoslowakei sind noch bis zu einem gewissen Prozentsatz gelassen, um als Garantie für die vom Vereinigten in der Tschechoslowakei etwa zu zahlende Vermögensabgabe zu dienen. Nachdem nunmehr der Vertrag zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei zur Vermeidung der Doppelbesteuerung ratifiziert ist, sind die noch gelassenen Buhaben freigesetzt, soweit der Inhaber nach dem Vertrag der Vermögensabgabe in der Tschechoslowakei nicht unterliegt. Nächste Auskünfte erzielt der Reichsbevölkerungsamt der Deutschen Gesandtschaft in Prag. Dr. Starz, Prag II, Refazansko.

### Ungarn.

Berichtigungen wegen kommunistischer Umlaufzeit. Die Polizei in Budapest hat 11 Personen, meist Eisenarbeiter, wegen kommunistischer Umlaufzeit verhaftet. Die Verhafteten hatten aus Moskau und Wien an Organisationssitzungen größere Beträge in Dollar sowie von Bela Kun unterzeichnete Propagandaflächen erhalten, die zur Wiedereröffnung der Macht durch das Proletariat aufzurufen. Die Fäden der aufgedeckten kommunistischen Organisation erstreckten sich auch in die Provinz.

### England.

Die Abstimmungsstrasse. Weder das Außenamt noch die Admiralität hat bisher einen japanischen Vorschlag für eine Dreier-Konferenz zwischen Amerika, Britannien und Japan erhalten, von dem in der Presse berichtet worden ist. Die Konferenz sollte die Durchführung des Washingtoner Abstimmungsvertrages beraten, der sowohl von Frankreich wie auch von Italien nicht ratifiziert worden ist. In Londoner politischen Kreisen meint man, daß eine solche Verhandlung solange nutzlos sein werde, ehe man nicht abschreien kann, wie Frankreich sich verhält. Auch die Admiralität ist nicht gewillt, den Washingtoner Vertrag wirksam zu machen, ehe nicht Frankreich bestimmt, seinen Teil des Abkommens auszuführen.

Blutige Streikwelle in England. In Whitehaven kam es vorgestern abends zu schweren Ausschreitungen der Arbeiter, die vor etwa sieben Wochen die Arbeit niedergelegt hatten. Die Ausschindenden versammelten sich vor dem Gebäude der Gesellschaft, mit der sie in Konflikt stand und griffen die Polizei an, die den Verlust machte, sie zu zerstreuen. Es kam zu einem Kampf, bei dem die Arbeiter mit großen Pfostenstangen gegen die Polizei vorgingen. Der Kampf dauerte die ganze Nacht und führte zu 200 Verletzungen unter den Arbeitern und 20 Verlebungen unter den Bürgern. In dieser Zeit wurde die Stadt von jugendlichen Flanieranten durchzogen, die Fenster Scheiben einschlugen und das Haus der Feuerwehr in Brand stießen.

### Amerika.

Ein neues Ausbildungsprogramm. Die "Chicago Tribune" berichtet aus Washington, das Heeres- und Marineministerium beabsichtige, ein neues amerikanisches Ausbildungsprogramm aufzustellen. In Grundsatz gelegt werde das Bedürfnis, New York und das Industriegebiet des atlantischen Ozeans gegen einen etwaigen Angriff aus der Luft zu verteidigen. Diese Pläne würden vorausichtlich sowohl für die Armee als auch für die Marine den Aufstand verdoppeln. Das Heeres- und Marineminister erklärt, daß es kein Vertrauen mit Frankreich und England beabsichtige. Es handele sich nur um eine Küstenverteidigung. Die amerikanische Flotte sei von einer großen Anzahl von Flugzeug-Mutterschiffen bedroht, die die alliierten Mächte besäßen.

## Sächsischer Landtag.

III. Dresden, 5. Juli 1920.

Auf der Tagesordnung der 49. Sitzung stehen zunächst mehrere Kapitel des sozialen Haushaltspolitischen. Bei Kap. 67, Handelsminister, beantragt der Ausschuss, daß die Tarifhöfe für die Unterhaltung der Landarmen den Verhältnissen im Landesbau und Wirtschaftsbehörden anpassen

werben sollen. Der Antrag und die Einstellungen werden angenommen. Danach genehmigt: — Dokumenten bei Kap. 79, § 11, Berechnungsgeld für die Landesverwaltungsbürokratie und bei Kap. 88—91, Geschäftsbereich des Finanzministeriums. Außerdem wird die Regierung erlaubt, die zurzeit nicht besteuerten einschlägigen Stichtäglichkeiten abald zu beladen und den in den Jahren 1890 bis 1898 geborenen Referendaren, die am Krieg teilgenommen haben, in bezug auf die Dauer des Vorbereitungsdienstes und die Erleichterung der zweiten Staatsvorstellung dieselben Vergünstigungen einzuräumen, wie dies in den Jahren 1890 und 1898 geboren. Gegen das Gehalt des Justizministers stimmen die bürgerlichen Abgeordneten.

Weiter werden die Einstellungen nach der Vorlage genehmigt bei Kap. 92, Landwirtschaftliche Versuchsanstalten zu Dresden, Leipzig-Wörlitz und Tannen, Kap. 93, Bergbauteuerwarte und 102, Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und Vertretungen Sachsen.

Bei Kap. 94, Gewerbe- und Handelsstellenamt beantragt der Ausschuss u. a., die Regierung zu erlauben, die in Dresden, Leipzig und Chemnitz bestehenden zwei Komitee zusammenzutragen, um je einem Amt, damit im Interesse des gewerblichen Arbeiterschutzes eine bessere einheitliche Tätigkeit entstehen kann.

Abg. Bolz (DVP) bemängelt, daß bei der Auswahl von Arbeitersouveränen nicht alle gewerkschaftlichen Organisationen ausdrücklich gebürgt werden. Nur sozialistischen nicht es zusammen mit den aus dem Handelsstande entnommenen Kontrollen.

Abg. Dr. Döring (DVP) trifft dafür ein, daß die für Frauen bestimmten Gewerbeaufsichtsstellen in allen Städten gesondert angeführt werden, damit solche Stellen nicht eines Tages mit Männern verwechselt werden.

Abg. Schmid (Soz.) meint, daß mit der Erfüllung dieses Wunsches den Frauen kein Dienst erwiesen würde. Die bisherige Einstellung der sozialistischen Aufsichtsbeamten gegenüber ihren Arbeitskolleginnen lasse sie als wenig geeignet für deren Vertretung erscheinen.

Abg. Dr. Lehne (Du.) erklärt, daß die Abg. Dr. Herwig von der falschen Voraussetzung ausgehe, daß gewisse Stellen ausschließlich für Männer oder Frauen vorgesehen seien.

Die Anträge des Ausschusses finden Annahme, mit Ausnahme des von der Abg. Dr. Döring vertretenen Wunsches.

Es folgt die erste Beratung über den Entwurf eines Schlachtervergesetzes.

Finanzminister Heldt: Der vorliegende Gesetzesentwurf ist lediglich durch die Geldentwertung veranlaßt, er bringt keine neuen Steuer. Notwendig ist die Erhöhung, durch Verordnung die Steuersätze dem jeweiligen Weltmarkt anzupassen. Zum Schluß bittet der Minister, die Vorlage noch vor den Beratern zu verabschieden.

Abg. Günther (Du.): Die Regierung scheine sich vor der Einführung der Vorlage der Zustimmung der Regierungsparteien verschert zu haben. Seine Partei habe angeholt der Vorlage weiter Kreise des Ministeriums die größten Bedenken gegen die Schlachtersteuer. Eigentlich sei es die Haltung der Sozialdemokratie, die früher seit Gegnerin dieser Steuer gewesen sei. Man hätte lieber die leibliche Schlachtersteuer aufheben und damit auch die Verwaltungsschäden von einer großen Arbeitslast befreien sollen. Dadurch hätte man auch ein wenig der ungeheuren Teuerung der Lebensmittel begegnen können.

Finanzminister Heldt: Wenn sich der Vorredner über die gegenwärtigen Verhältnisse orientiert hätte, hätte er seine Hände nicht gehalten. Als die Regierung 1919 die Aufhebung der Schlachtersteuer verlangt habe, hätten die bürgerlichen Parteien mit Einsicht der Demokratie dies abgelehnt. Der Redner der Demokraten hätte damals erklärt, daß die Schlachtersteuer das Fleisch nicht verteuert.

Abg. Schreiber (Du.) erklärt namens seiner politischen Freunde, daß sie unter gewissen Voraussetzungen dem Entwurf zustimmen würden. Die Erhebungsohaken dürfen nicht den größten Teil der Steuer verschlingen. Die Besteuerung des Fleisches werde durch ganz andere Maßnahmen herbeigeführt, als durch die verhältnismäßig geringe Schlachtersteuer. Vor einer Erhöhung der Steuersätze müßten die zuständigen Verwaltungsorganisationen gehoben werden. Den Kommunen sollte die Erhebung von Haushaltungssteuern übertragen werden.

Abg. Witschke (DVP) befürchtet eine Abwälzung der Steuer auf die Verbraucher.

Abg. Günther (Dem.) wendet sich gegen die Ausführungen des Ministers. Als ihn die Kommunisten durch Aufsichtsräte unterbrechen, ruft er ihnen zu: „Ihnen fehlt jede parlamentarische Erziehung, sonst würden Sie den Redner weitestgehend ausprechen lassen.“ (Barone: Nicht nur die parlamentarische, sondern auch die häusliche Erziehung fehlt den Kommunisten!).

Abg. Dr. Reinhold (Dem.) erklärt, daß seine als Finanzminister gegen die Steuer eingenommene Stellung der heutigen noch den Demokraten eingenommenen entspreche.

Die Vorlage wird dem Stadtausschuß überwiesen.

Schließlich kommt zur Beratung der

Volksentwurf über die Totenbedeckung.

Minister des Innern Liebmann begründet anhelle des auf Urteil befindlichen Ministrerordneten Schöner die Vorlage, deren Inhalt bereits veröffentlicht worden ist.

Abg. Siegert (Du.) glaubt nicht, daß das Gesetz noch vor den Beratern verabschiedet werden könne. Seine Freunde künden der Vorlage ablehnend gegenüber. Er glaubt nicht, daß die Kosten für die Totenbedeckung durch deren Reduzierung auf die Gemeinden verfallen würden. Genaun unannehmbar sei der Gedanke, die Beerdigungsanstalt mit der Totenbedeckung zu beladen. Es sei eine Unordentlichkeit, einem einzigen Stande zugemessen, die Kosten für eine Eingliederung zu tragen, an der alle interessiert seien. Seine Freunde erachten in der Vorlage einen Verstoß gegen die bisherige Sitte der kirchlichen Totenbedeckung, deshalb verlangen sie in das Gesetz eine Bestimmung, daß die Sitte der kirchlichen Totenbedeckung durch die Vorlage in keiner Weise eingeschränkt oder behindert werde. Das Recht der Oberführung der Friedhöfe in den Besitz der politischen Gemeinde werde entschieden bestimmt.

Abg. Schembor (Soz.): Der vorliegende Gesetzesentwurf sei dringend notwendig. Die Gewerbebevölkerung werde durch die Totenbedeckung nicht allzu sehr belastet werden.

Abg. Hölsmann (DVP): Zur Befriedigung eines unlegitimen Bedürfnisses sei die Totenbedeckung durch die Gemeinden notwendig. Mit der obligatorischen unentgeltlichen Bestattung könne es nie oder nicht einverstanden erklärte. Die Vorlage greife tie in die bisherige Verhältnisse ein. Kirchliche Handlungen und die Errichtung von Denkmälern dürften nicht bestraft werden. Das Ziel der Vorlage, die Enteignung der kirchlichen Friedhöfe, schien keine Freunde ab.

Abg. Steiner (Kom.) begrüßt die beabsichtigte Einführung der kommunalen Totenbedeckung. Die Rechte verzerrt bei ihrem abendländischen Standpunkt nur einseitige kirchliche und private Interessen. Die Vorlage bedürfe aber noch einer Verbesserungen, deshalb würde sich ihre Beratung in einem Sonderausschuß empfehlen.

Abg. Dr. Weigel (Dem.): Der Tendenz der Vorlage stünden seine Freunde im allgemeinen mit unfröhlich gegenüber. Auch er glaubt nicht, daß die Gemeinde billiger arbeiten werde. Eine Schaffung der Beerdigung ist nicht angängig. Von der Enteignung von Friedhöfen müsse abgeraten werden. Die Freiheit der religiösen Handlungen müsse unanfechtbar werden.

Die Vorlage wird hierauf an den Reichsbaudienst überwiesen.

Nächste Sitzung: Freitag, 6. Juli, vorw. 10 Uhr; 28. Stadtkapitel und 4 kleinere Sitzungssitzungen.

### Nach den Sitzungssitzungen.

Der Haushaltshaushalt verabschiedete die Stadtkapitel 28a, Staatstheater, 24, Sammlungen für Kunst und Wissenschaft, 14, Kunstgewerbe im allgemeinen, 20, Handlung, 48, Kreis- und Kreisbauernmannschaften entsprechend den Einkünften im Haushaltspolizei. Bei Kapitel 6, Landwirtschaftsbehörde, fand die Biedungsfrau zur Sprache. Der Wirtschaftsminister wunderte sich gegen die extremen Verhinderungen im Wohnungsbau und betonte, daß mit der Einführung eine Förderung der landwirtschaftlichen Produktion verbunden sein müsse. — Bei Kapitel 49, Polizei, fand eine Anzahl Bürgerliche Annahme, in d. B. den Leihall in Görlitz vorhandenen politischen Komiteen die Staatsbienereignischaft zu verleihen. — Bei Kapitel 49, Arbeitsämter, wurde von den Reichsparteien die große Zahl der Beamten am Landeskonsortium für Arbeitsvermittlung bemängelt. Kapitel 49, Arbeitsministerium, wurde nach Annahme einiger Anträge betreffend Bettenspermebrung und -Forderung nach der Vorlage verabschiedet. — Bei Kapitel 49, Polizei, fand eine Anzahl Bürgerliche Annahme, in d. B. den Leihall in Görlitz vorhandenen politischen Komiteen die Staatsbienereignischaft zu verleihen. — Bei Kapitel 49, Arbeitsämter, wurde von den Reichsparteien die große Zahl der Beamten am Landeskonsortium für Arbeitsvermittlung bemängelt. Kapitel 49, Arbeitsministerium, wurde nach Annahme einiger Anträge betreffend Bettenspermebrung und -Forderung nach der Vorlage verabschiedet. — Bei Kapitel 49, Polizei, fand eine Anzahl Bürgerliche Annahme, in d. B. den Leihall in Görlitz vorhandenen politischen Komiteen die Staatsbienereignischaft zu verleihen. — Bei Kapitel 49, Arbeitsämter, wurde von den Reichsparteien die große Zahl der Beamten am Landeskonsortium für Arbeitsvermittlung bemängelt. Kapitel 49, Arbeitsministerium, wurde nach Annahme einiger Anträge betreffend Bettenspermebrung und -Forderung nach der Vorlage verabschiedet. — Bei Kapitel 49, Polizei, fand eine Anzahl Bürgerliche Annahme, in d. B. den Leihall in Görlitz vorhandenen politischen Komiteen die Staatsbienereignischaft zu verleihen. — Bei Kapitel 49, Arbeitsämter, wurde von den Reichsparteien die große Zahl der Beamten am Landeskonsortium für Arbeitsvermittlung bemängelt. Kapitel 49, Arbeitsministerium, wurde nach Annahme einiger Anträge betreffend Bettenspermebrung und -Forderung nach der Vorlage verabschiedet. — Bei Kapitel 49, Polizei, fand eine Anzahl Bürgerliche Annahme, in d. B. den Leihall in Görlitz vorhandenen politischen Komiteen die Staatsbienereignischaft zu verleihen. — Bei Kapitel 49, Arbeitsämter, wurde von den Reichsparteien die große Zahl der Beamten am Landeskonsortium für Arbeitsvermittlung bemängelt. Kapitel 49, Arbeitsministerium, wurde nach Annahme einiger Anträge betreffend Bettenspermebrung und -Forderung nach der Vorlage verabschiedet. — Bei Kapitel 49, Polizei, fand eine Anzahl Bürgerliche Annahme, in d. B. den Leihall in Görlitz vorhandenen politischen Komiteen die Staatsbienereignischaft zu verleihen. — Bei Kapitel 49, Arbeitsämter, wurde von den Reichsparteien die große Zahl der Beamten am Landeskonsortium für Arbeitsvermittlung bemängelt. Kapitel 49, Arbeitsministerium, wurde nach Annahme einiger Anträge betreffend Bettenspermebrung und -Forderung nach der Vorlage verabschiedet. — Bei Kapitel 49, Polizei, fand eine Anzahl Bürgerliche Annahme, in d. B. den Leihall in Görlitz vorhandenen politischen Komiteen die Staatsbienereignischaft zu verleihen. — Bei Kapitel 49, Arbeitsämter, wurde von den Reichsparteien die große Zahl der Beamten am Landeskonsortium für Arbeitsvermittlung bemängelt. Kapitel 49, Arbeitsministerium, wurde nach Annahme einiger Anträge betreffend Bettenspermebrung und -Forderung nach der Vorlage verabschiedet. — Bei Kapitel 49, Polizei, fand eine Anzahl Bürgerliche Annahme, in d. B. den Leihall in Görlitz vorhandenen politischen Komiteen die Staatsbienereignischaft zu verleihen. — Bei Kapitel 49, Arbeitsämter, wurde von den Reichsparteien die große Zahl der Beamten am Landeskonsortium für Arbeitsvermittlung bemängelt. Kapitel 49, Arbeitsministerium, wurde nach Annahme einiger Anträge betreffend Bettenspermebrung und -Forderung nach der Vorlage verabschiedet. — Bei Kapitel 49, Polizei, fand eine Anzahl Bürgerliche Annahme, in d. B. den Leihall in Görlitz vorhandenen politischen Komiteen die Staatsbienereignischaft zu verleihen. — Bei Kapitel 49, Arbeitsämter, wurde von den Reichsparteien die große Zahl der Beamten am Landeskonsortium für Arbeitsvermittlung bemängelt. Kapitel 49, Arbeitsministerium, wurde nach Annahme einiger Anträge betreffend Bettenspermebrung und -Forderung nach der Vorlage verabschiedet. — Bei Kapitel 49, Polizei, fand eine Anzahl Bürgerliche Annahme, in d. B. den Leihall in Görlitz vorhandenen politischen Komiteen die Staatsbienereignischaft zu verleihen. — Bei Kapitel 49, Arbeitsämter, wurde von den Reichsparteien die große Zahl der Beamten am Landeskonsortium für Arbeitsvermittlung bemängelt. Kapitel 49, Arbeitsministerium, wurde nach Annahme einiger Anträge betreffend Bettenspermebrung und -Forderung nach der Vorlage verabschiedet. — Bei Kapitel 49, Polizei, fand eine Anzahl Bürgerliche Annahme, in d. B. den Leihall in Görlitz vorhandenen politischen Komiteen die Staatsbienereignischaft zu verleihen. — Bei Kapitel 49, Arbeitsämter, wurde von den Reichsparteien die große Zahl der Beamten am Landeskonsortium für Arbeitsvermittlung bemängelt. Kapitel 49, Arbeitsministerium, wurde nach Annahme einiger Anträge betreffend Bettenspermebrung und -Forderung nach der Vorlage verabschiedet. — Bei Kapitel 49, Polizei, fand eine Anzahl Bürgerliche Annahme, in d. B. den Leihall in Görlitz vorhandenen politischen Komiteen die Staatsbienereignischaft zu verleihen. — Bei Kapitel 49, Arbeitsämter, wurde von den Reichsparteien die große Zahl der Beamten am Landeskonsortium für Arbeitsvermittlung bemängelt. Kapitel 49, Arbeitsministerium, wurde nach Annahme einiger Anträge betreffend Bettenspermebrung und -Forderung nach der Vorlage verabschiedet. — Bei Kapitel 49, Polizei,